



Milobader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,30 RM. (bei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Bereich monatlich 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenburg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank Löhle & Co., Wildbad; Wörthheimer Gewerbedank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamezeile 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstufung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontoforderungen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Verw. Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 170

Freitag 479

Samstag, den 23. Juli 1932

Freitag 479

67. Jahrgang.

Die deutsche Erklärung auf der Abrüstungskonferenz

Genf, 22. Juli. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz gab der deutsche Vertreter, Botschafter Radolny, im Auftrag der Reichsregierung folgende Schlussklärung ab:

Die deutsche Regierung ist bereit, auch weiter an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen und mit aller Kraft dazu beizutragen, daß im Sinn des Artikels 8 der Völkerbundscharta ein wirklich entscheidender Schritt in der Richtung auf die allgemeine Abrüstung getan wird. Namens der deutschen Regierung muß ich heute aber aussprechen, daß ihre Mitarbeit nur möglich ist, wenn die weiteren Arbeiten der Konferenz auf der Grundlage der wechselseitigen Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen erfolgen.

Die Gleichberechtigung der Nationen ist das fundamentale Prinzip des Völkerbunds, ebenso wie der Staatengemeinschaft überhaupt. Mit dem Gefühl nationaler Ehre und internationaler Gerechtigkeit wäre es nicht vereinbar, wenn die Konferenz die Regeln und Grundzüge für die allgemeine Abrüstung der Staaten festlegen wollte, aber gleichzeitig Deutschland oder andere Staaten an diesen allgemeinen Regeln und Grundzügen nicht teilnehmen ließe, sondern irgend einen Staat einem diskriminierenden Ausnahmeregime unterwerfen würde.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem tiefen Bedauern feststellen, daß die vorliegende Entschließung der Konferenz diesem Standpunkt keine Rechnung trägt. Sie muß deshalb darauf bestehen, daß die Gleichheit aller Staaten hinsichtlich der nationalen Sicherheit und hinsichtlich der Anwendung aller Bestimmungen der Konvention ohne weiteren Verzug zur Anerkennung gelangt. Die deutsche Regierung kann ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen, wenn eine befriedigende Klärung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte.

Die Reichsmaßnahmen in Preußen

Heimannsberg, Enke und Carlberg verhaftet

Berlin, 22. Juli. Der ehemalige Kommandeur der Schutzpolizei, Heimannsberg, Polizeimajor Enke und das Mitglied des Reichsbanners, Carlberg, wurden heute früh in Haft genommen wegen dringendem Tatverdacht von Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932. Die Angelegenheit wird nach den gesetzlichen Bestimmungen weiter behandelt.

GNB. erfährt hierzu: Gegen 4 Uhr früh erschien ein Reichwehrhauptmann mit vier Soldaten im Polizeipräsidium, forderte zwei Beamte der Abteilung I an und verlangte, zur Wohnung Heimannsbergs und zu der Enkes geführt zu werden. Er hatte einen Ausweis des Militärbefehlshabers bei sich. Die Verhafteten wurden in die Militärarrestanstalt nach Moabit gebracht.

Carlberg ist Vorsitzender des Ortsvereins und Mitglied des Gesamtvorstands des Reichsbanners. Sein Freund Enke ist ebenso wie Heimannsberg Mitglied des Reichsbanners.

Da in der Öffentlichkeit über die Rechtslage bei der Amtsenthebung des bisherigen Polizeipräsidenten Grzesinski und seiner leitenden Beamten verschiedentlich Zweifel laut geworden sind, wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts jederzeit Beamte zwangsweise beurlaubt werden können, und zwar ist zu dieser Beurlaubung kein ausdrücklicher Beschluß des Staatsministeriums notwendig, sondern sie kann durch den Vorgesetzten des betreffenden Beamten erfolgen. Eine derartige Beurlaubung hat selbstverständlich zur Folge, daß der betreffende Beamte seine Dienstgeschäfte sofort einstellt. Da dies von Seiten Grzesinski, Weiß und Heimannsbergs am 20. Juli nicht geschah, mußte notwendigerweise ihre zwangsweise Entfernung aus den Ämtern erfolgen.

Die politische Rundfunkwoche

Berlin, 22. Juli. Die parteipolitische Rednerreihe für den Wahlkampf im deutschen Rundfunk eröffnet am Montag, den 25. Juli, der christlich-sozialer Abg. Stimpfenböcker und von Hauschild von der Landvolkpartei; am Dienstag folgt Minister a. D. Dietrich von der Staatspartei und Dr. Pfeiffer oder Schwendi von der Bayerischen Volkspartei, am Mittwoch Dreßwig von

Tagespiegel

An der Sitzung des Überwachungs Ausschusses des Reichstags nahmen die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, das Landvolk und die Deutsche Volkspartei nicht teil. Nachdem Abg. Högner (Soz.) zum stellv. Vorsitzenden gewählt worden war — bei der Bildung der Ausschüsse hatte seinerzeit wegen der Obstruktion der Sozialdemokraten der stellv. Vorsitzende nicht gewählt werden können — bezweifelte Abg. v. Linderer-Wildau (Volkspartei) die Rechtmäßigkeit der Einberufung des Ausschusses gegen den Willen des Vorsitzenden, Abg. Straffer (NS.). Präsident Löbe sprach sich für die Rechtmäßigkeit aus. Der Ausschuh verlangte die Anwesenheit des Reichskanzlers, des Reichsinnen- und des Reichswehrministers. Der Staatssekretär der Reichskanzlei schickte darauf an Löbe, die Mitglieder der Reichsregierung seien bereit, sich an den Beratungen zu beteiligen, wenn diese sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Ausschusses halten. Daher sollten die Anträge, die der Ausschuh zu beraten beabsichtigt, schnellstens der Reichskanzlei zugestellt werden, da der Reichskanzler im Begriff sei, zu der schon seit einiger Zeit angesetzten Konferenz in Stuttgart abzureisen.

Vorstand und Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei sowie der geschäftsführende Reichsparteivorstand sind einberufen worden.

Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und Brandenburg, Generalleutnant von Rundstedt, hat den Berliner Polizeipräsidenten angewiesen, für die Berliner Schutzpolizei aller Grade sofort die Urlaubssperre zu verhängen. Die Beamten, die sich unterwegs befinden, werden sofort telegraphisch zurückgerufen werden.

Auf einer Versammlung in Schwandorf (Oberpfalz) erklärte der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Esser, die Nationalsozialisten würden nach dem 31. Juli entweder die sofortige Neubildung einer „ordnungsgemäßen bayerischen Regierung“ verlangen, oder beim Reichspräsidenten die Einsetzung eines Reichskommissars in Bayern erbitten.

Die in Frankfurt a. M. erwarteten 40 000 Sänger sind fast vollständig eingetroffen. Am Freitag vormittag fand eine eindrucksvolle Feier in der Paulskirche statt. Dr. Neubacher-Wien legte ein begeistertes Bekenntnis für den Anschluß ab.

Von den wegen des Mlonner Kravalls verhafteten 89 Personen sind 22 wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Gegen 67 ist gerichtlicher Haftbefehl erlassen worden.

Der deutsche Botschafter Radolny hat für die Schlussabstimmung über die Entschließung der Abrüstungskonferenz eine Erklärung angefertigt, die die Gleichberechtigung Deutschlands verlangt. Da Herriot sich das Schlusswort vor der fruchtlosen Vertagung erbeuten hat, ist auch mit einer französischen Gegenerklärung zu rechnen. Der gänzliche Misserfolg der Konferenz hat in weiten Kreisen der Konferenz verstimmt.

In der Genfer Abrüstungskonferenz fand am Freitag nachmittag die Schlussabstimmung über den Entschließungsentwurf statt.

Auf der Tagung der „Interparlamentarischen Union“ (Vereinigung von Abgeordneten der verschiedenen Länder) in Genf kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Italienern und Franzosen.

Die Unterzeichnung eines russisch-polnischen Nichtangriffsabkommens steht nach einer Meldung aus Bukarest unmittelbar bevor. Mit Rumänien hat sich Rußland wegen des Streits über Bessarabien nicht einigen können.

Präsident Hoover hat das amerikanische Geich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterzeichnet.

Der Wirtschaftspartei und Dingelden von der Deutschen Volkspartei; am Donnerstag Hugenberg für die Deutschnationale Volkspartei und Dr. Brüning für das Zentrum. Der erste Vortrag findet regelmäßig von 7 bis 7.25 Uhr statt, der zweite dauert bis 7.50 Uhr. Am Freitag, den 29. Juli, folgt dann eine Rundfunkübertragung voraussichtlich von München her, in der der Führer der Nationalsozialisten Adolf Hitler oder der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straffer sprechen wird. Am Samstag spricht Otto Wels für die Sozialdemokraten. Die Reihenfolge der Vortragenden wurde paritätisch nach der Größe der Partei vorgenommen.

Zeitungsverbote

Berlin, 22. Juli. Das „Achtuhrabendblatt“ ist wegen eines beleidigenden Spottbilds auf den Reichskanzler v. Papen vom Militärbefehlshaber vom 22. bis 25. Juli verboten worden, ebenso jede Zeitung, die als Ersatz für die verbotene herausgegeben oder ihren Beziehern zugestellt wird. Die „Rote Fahne“ ist auf fünf Tage verboten worden.

Der Polizeipräsident von Dresden hat die dortige kommunistische Arbeiterstimme bis 31. Juli einschließlich verboten.

Neugegestaltung des Rundfunks

Berlin, 22. Juli. Das Reichspostministerium hat aus Anlaß der in der Presse gegen den Berliner Rundfunk erhobenen Vorwürfe eine besondere Prüfung der Geschäftsführung vornehmen lassen. Es hat sich gezeigt, daß an einzelnen Stellen nicht durchweg nach den bestehenden Richtlinien verfahren worden ist. Die festgestellten Mängel sind verfolgt worden und werden abgestellt. Ferner ist durch Organisationsänderungen Besserung getroffen, daß sich Anstände dieser Art nicht wiederholen. Dagegen liegen grobe allgemeine Mängel nicht vor. Die Bezüge des Rundfunkpersonals sind wie vorgeschrieben gesenkt.

Bei der bevorstehenden Neugegestaltung des Rundfunks werden die Prüfergebnisse verwertet werden. Dabei wird namentlich die Behandlung politischer und kultureller Fragen im Programm grundsätzlich neu geregelt.

Blätterstimmen zu den Amtsenthebungen in Preußen

Berlin, 22. Juli. Die Amtsenthebungen der verschiedenen Staatssekretäre usw. in Preußen werden von den meisten Blättern lebhaft erörtert. Während die in Opposition zur Reichsregierung stehende Presse teilweise sehr scharf dagegen Stellung nimmt, rühmen die andern Blätter, durch dieses Vorgehen sei der preußische Verwaltungskörper von parteipolitisch gebundenen Beamten gesäubert worden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, daß zunächst mit großer Rücksicht zu Werke gegangen worden sei, alles unter dem Gesichtspunkt, die preußische Verwaltung von parteipolitischen Einflüssen freizumachen und die fachliche Vorbildung und Eignung der höchsten Regierungsbeamten wieder in den Vordergrund zu stellen. Die Länderkonferenz, die der Reichskanzler für Samstag, zweifellos mit bestimmter Absicht gerade nach Stuttgart einberufen habe, werde sich von dem streng verfassungsmäßigen Vorgehen der Reichsregierung überzeugen können. Wenn noch während der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten das Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig bekannt werde, an dessen Inhalt nach dem absolut gesetzlichen Handeln der Reichsregierung nicht zu zweifeln sei, so könne das auch unter den Parteipolitikern des Südens die Beruhigung fördern, die die Bevölkerung Preußens ohne jede Ausnahme bewahre.

„Vorwärts“ und „Vossische Zeitung“ sind der Meinung, daß es sich vor allem um ein Vorgehen gegen sozialdemokratische Beamte gehandelt habe.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einer „Säuberung“.

Der „Vokalanzeiger“ findet das Vorgehen der Regierung als „schonham“; man könne wahrhaftig nicht behaupten, daß Herr von Papen als Reichskommissar in Preußen irgendwie hart durchgegriffen hätte. Die jetzt entfertnen bisherigen hohen Beamten seien sämtlich Parteibuchbeamte.

Washington und die Vorgänge in Preußen

Washington, 22. Juli. Die Notmaßnahmen der Reichsregierung in Preußen werden hier zwar mit Interesse verfolgt, jedoch völlig ruhig aufgenommen. In den Washingtoner Zeitungen kommt allgemein Verständnis und Sympathie für den Wunsch des deutschen Volkes nach Verhinderung eines Bürgerkriegs und für die Wiedertehr von Ruhe und Ordnung im Straßenverkehr zum Ausdruck. Die Berliner Vertreter der amerikanischen Zeitungen bezeichnen den Schritt der Reichsregierung als „praktisch“. — In amerikanischen Kreisen wird eine Stellungnahme zu den innerdeutschen Angelegenheiten abgesehen. Anfragen, ob Eigentum und Leben amerikanischer Bürger in Deutschland gefährdet seien, wurden nachdrücklich verneint, wobei hervorgehoben wurde, daß alle Anzeichen dafür sprechen, daß die Reichsregierung die Lage fest in der Hand habe.

Paris, 22. Juli. Der „Matin“ schreibt, der 20. Juli werde in der Geschichte Preußens und Deutschlands ein historischer Tag bleiben. Die Verhaftung des Polizeipräsidenten stelle einen großen Sieg der Nationalisten über die letzten Vertreter des Geistes von Weimar und über die Sozialdemokratie dar. Das „Echo de Paris“ sagt, die Verkündung des Ausnahmezustandes werde Papen erlauben, in Berlin und der Mark Brandenburg die kommunistischen und sozialistischen Organisationen vollständig zu entlassen. Die „kaiserliche“ Regierung hoffe so den Bürgerkrieg zu vermeiden. Schließlich müsse geprüft werden, welche Stellung die französische Regierung einzunehmen hat in Anbetracht einer Lage, die für unsere Ingenieure und „unsere Interessen im Saargebiet“ bedrohlich werden könne. Es ist der Augenblick gekommen, Deutschland daran zu erinnern, daß „keine regulären deutschen Truppen das Recht haben, in die neutrale Zone des Rheinlands einzudringen“.

Schleicher an Schreiber

Berlin, 22. Juli. Der Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Schleicher (Zentr.) hatte in einem Artikel der „Köln. Volkszeitung“ behauptet, General Schleicher habe den Sturz Brünnings betrieben; das Kabinett sei einer „militärischen

Kamarilla" zum Opfer gefallen; die neue Lage sei auf das „Eingreifen der Reichswehr in die Politik“ zurückzuführen. General Schleicher hatte in einem Schreiben an die „Köln. Volkszeitung“ die Behauptungen als grundlos erklärt und dies auch in einem Briefwechsel an Dr. Schreiber wiederholt; Dr. Schreiber hat den Briefwechsel in der „Germania“ veröffentlicht, worauf General Schleicher nachstehendes Schreiben an den Reichstagsabgeordneten richtete:

Sehr geehrter Herr Professor!
Sie haben meinen Brief vom 4. Juli am 17. Juli mit einem Schreiben beantwortet, durch das ich die Angelegenheit nicht als abgeschlossen ansehen kann. Ich habe Sie gebeten, die Behauptungen, die Sie in der Öffentlichkeit ausgesprochen haben, durch Tatsachen zu beweisen. Sie sind diesem Verlangen ausgewichen. Von meinem Schreiben an die „Kölnische Volkszeitung“ sagen Sie, „es wäre für den Historiker nicht schlüssig“. Um so mehr muß ich mich wundern, daß Sie als Historiker vage (haltlose) Gerüchte, Gerüchte, die Sie lediglich „als die Ueberzeugung eines großen Teils der öffentlichen Meinung betrachten“, für genügend halten, um darauf Ihre Meinung zu gründen. Ihr Verhalten bestätigt mir die Erfahrung, daß keiner der Politiker, die bisher meine Person in die Erörterung über den Rücktritt des Kabinetts Brünning hineingezogen haben, oder die Behauptung aufgestellt haben, die Regierung sei von einer „Kamarilla“ gestürzt worden, die geringsten Beweise für ihre Angaben beibringen können. Demgegenüber stelle ich folgendes fest:

Es ist unrichtig, daß ich an Bestrebungen zum Sturz des Kabinetts Brünning beteiligt gewesen sei. Es ist ferner unrichtig, daß die Reichswehr in die Politik eingegriffen habe. Sie hat ihr Verhalten jederzeit darnach gerichtet, daß sie das überparteiliche und unpolitische Machtmittel des Herrn Reichspräsidenten ist und bleibt.

Da Sie unseren Briefwechsel in der „Germania“ veröffentlicht haben, werde ich dieses Schreiben ebenfalls der Öffentlichkeit übergeben.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. v. Schleicher.

Das Schreiben der württembergischen Regierung

Stuttgart, 22. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Das Schreiben der württembergischen Regierung an den Reichspräsidenten und Reichskanzler hat folgenden Wortlaut:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Die Notverordnung über die Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preußen ist von größter Tragweite für alle Länder, da deren Selbständigkeit die Grundlage des deutschen Verfassungslebens bildet.

Da der Streit darüber, ob die Notverordnung in dem Artikel 48 der Reichsverfassung eine ausreichende Grundlage hat, nach Artikel 19 der Reichsverfassung von dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches entschieden wird, so kann die Württ. Staatsregierung davon absehen, die von anderen Ländern bereits geltend gemachten und von ihr geleiteten verfassungsrechtlichen Bedenken zu wiederholen; sie kann sich darauf beschränken, ihre politische Besorgnis auszudrücken. Unsere Besorgnis gilt der Auswirkung der Maßregeln in der Zukunft, sie schaffen einen Vorgang, der auch die übrigen Länder der Gefahr ähnlicher Eingriffe in ihre verfassungsmäßigen Rechte aussetzt. Gerade in Württemberg, wo das Eigenleben des Staates mit Zähigkeit verteidigt wird, würde eine solche Entwicklung besonders schwer getragen werden.

In Ehrerbietung Euer Exzellenz ergebenster
(gez.) B o l z, Staatspräsident.

An der vom Reichskanzler von Papen gestern telegraphisch auf Samstag nach Stuttgart einberufenen Konferenz der Ministerpräsidenten aller Länder werden von der Reichsregierung außer dem Reichskanzler der Reichsinnenminister Frhr. v. Gayl und der Reichsarbeitsminister Schäffer teilnehmen. Letzterer ist Württemberger. Die Konferenz soll nach am Samstag zu Ende geführt werden.

Der Reichskanzler wird gelegentlich seines Aufenthaltes in Stuttgart eine Unterredung mit dem Reichstagsabgeordneten Simpfendorfer (Christl. Volksp.) haben.

Preußenkonflikt vor dem Ueberwachungsausschuß

Berlin, 22. Juli. Die politischen Ereignisse der letzten Tage werden ihre erste parlamentarische Behandlung in der heutigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages finden. Der Ausschuß, der infolge der Weigerung des Vorsitzenden, Abg. Strasser, von dem ältesten Ausschußmitglied, dem Abg. Heimann (Soz.), einberufen worden ist, trat um drei Uhr nachmittags zusammen, um zunächst einen stellvertretenden Ausschußvorsitzenden und damit einen rechtmäßigen Leiter der Ausschußtagung zu wählen. Die Sozialdemokraten haben dafür den Abgeordneten Högn er-München vorgeschlagen. Die dem Ausschuß als Material vorliegenden Anträge der Parteien über die erste Notverordnung der Regierung v. Papen, über die Wiedereinführung des Uniformverbots, über die Sicherung der Wahlfreiheit sind in den Hintergrund getreten. Wie WZ. meldet, sind Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen über den Reichskommissar für Preußen und den Belagerungszustand für Berlin und Brandenburg gestellt worden. Von der Reichskanzlei wurde erklärt, daß dort kein Vertreter in den Ausschuß entsandt werde. Die Nationalsozialisten haben an der Tagung des Ueberwachungsausschusses nicht teilgenommen.

Gotheiner vertritt das Reich vor dem Staatsgerichtshof

Berlin, 22. Juli. In der für morgen angesetzten Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof über den Antrag der früheren preussischen Regierung auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Maßnahmen der Reichsregierung wird, wie verlautet, die Reichsregierung durch den Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium G o t h e i n e r vertreten werden. Obwohl die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die frühere preussische Regierung keine Aktilegitimation zu einem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof besitzt, hat sie der Gegenseite aus Gründen der Loyalität die Möglichkeit gegeben, sich durch den bisherigen Ministerialdirektor Dr. B a d t vertreten zu lassen.

Organisationsänderungen im Berliner Polizeipräsidium

Berlin, 22. Juli. Auf Anordnung des kommissarischen Ministers des Innern Dr. Bracht hat der Polizeipräsident von Berlin einige Änderungen der Geschäftsverteilung innerhalb seiner Verwaltung beschlossen: In der politischen Abteilung ist sichergestellt, daß die Bearbeitung der sogenannten „Radikal-Klassenbewegung“ in der Hand von Dezenten liegt, die in ihrer politischen Ueberzeugung sich von dieser Bewegung klarstellen. In der Abteilung 4, in der u. a. kulturelle Angelegenheiten bearbeitet werden, werden in Zukunft alle kulturellen Fragen durch Dezenten bearbeitet, die für ihre Person positiv auf dem Boden christlicher Weltanschauung und Kultur stehen.

Entscheidung der Zentrumsfraktion

Berlin, 22. Juli. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags ist heute vormittag zusammengetreten, um zu der durch das Vorgehen der Reichsregierung geschaffenen politischen Lage Stellung zu nehmen. Der Sitzung wohnten auch die abgesetzten Zentrumsminister Steiger, Dr. Schmitt und Hirtlischer an. Die Fraktion billigte in einer Entscheidung die Haltung ihrer Minister und erklärte, daß sie die Maßnahmen der Reichsregierung für verfassungswidrig halte.

Nach der Fraktionsitzung trat der geschäftsführende Reichsparteivorstand des Zentrums zusammen.

Lausanne und Genf

Eine Schlussbetrachtung

Der Schatten von Lausanne wird immer größer. Kaum war Reichskanzler v. Papen heimgekehrt, so trocken ein Geheimabkommen nach dem anderen aus dem Versteck der Gläubigerstaaten hervor: Abmachungen, die hinter dem Rücken der deutschen Abordnung abgeschlossen wurden. Einmal des Inhalts, daß die Gläubigerstaaten erst dann das deutsche Abkommen zu „ratifizieren“ (d. h. anzunehmen) brauchen, wenn Amerika ebenfalls ihnen die Kriegsschulden nachgelassen haben werde. Auch schlossen Frankreich und England untereinander ein sog. „Vertrauensabkommen“ ab, wonach sie in Zukunft in allen außerpolitischen Streitfragen sich zuvor verständigen wollen. Also, so renommierte wenigstens Herrriot, eine Art von „Entente cordiale“ unseligen Andenkens. Amerika wurde über diese Geheimabmachungen recht böse, und Hoover erklärte, er werde sich durch derartige Machenschaften keinesfalls herumbringen lassen. England und Italien beizogen sich, heilig und teuer zu versichern, die gerügten Abmachungen hätten absolut keine Spitze gegen Washington. Uns Deutschen machten sie auch kein Vergnügen. Ob unser neuer Reichstag „Lausanne“ ratifizieren wird, ist natürlich erst recht fraglich. Schade! übrigens nicht weiter viel. Der Youngplan ist nun einmal „zerissen“ und auch die Geheimabkommen werden ihn nicht wieder zusammenleimen können. Ein zweites „Lausanne“ gar würde sehr wahrscheinlich auch die drei Milliarden „Restzahlung“ vollends streichen und — noch einiges dazu, was uns im Verfallener Vertrag nicht paßt.

Und nun die Genfer Abrüstungskonferenz! Diese Komödie erteilt jeden einigermaßen anständig veranlagten Menschen nächstem förmlich an. Sieben lange Jahre „vorbereitend“ und jetzt sieben, ebenfalls lange Monate richtige Abrüstungskonferenz und abermals — nichts erreicht. Seit Wochen verhandeln die Herrschaften, wie man mit einem nicht geradezu blamablen Vertragsschluss auseinandergelien könnte. In demselben soll zum Ausdruck kommen — damit den Beuten ein bißchen Sand in die Augen falle —, daß man sich über folgende Punkte geeinigt habe: 1. Begrenzung der Tonnage der Tanks; 2. Verbot der Gas-, chemischen und Brandwaffen; 3. Schaffung eines ständigen Kontrollausschusses, der über die Durchführung des künftigen Abrüstungsabkommens wachen soll. Dann kommen die Gegenstände, bezüglich deren man sich nicht geeinigt habe, z. B. Verbot der Bombenflugzeuge, Beschränkung der effektiven Truppenbestände, in der Flottenfrage usw. Tiefes Schweigen jedoch über das für uns Allerwichtigste: die Gleichberechtigung Deutschlands, eine, wie unlängst Lord Churchill erklärte, ganz selbstverständliche und gerechte deutsche Forderung. — In einigen Monaten wollen die Herrschaften wieder in Genf zusammenkommen. Die Gastwirte in Genf werden sich darauf freuen — und wir? Das Gescheiteste und Würdigste wäre: man bliebe endlich einmal weg.

Und nur noch ganz kurz zu Oesterreich! Unser armes unglückliches Brudervolk ist nun richtig da, wo es Frankreich haben wollte. Es braucht Geld, und zwar so schnell als möglich. Der Völkerverbund will ihm, wie schon zweimal, pumpen. 300 Millionen Schilling, von denen es jedoch sofort große Summen an England und an die BZ, zurückzahlen soll, so daß ihm gerade noch 40 Millionen Sch. verbleiben. Und um dieses kleinen Einfingergelds willen soll es abermals auf weitere zehn oder zwanzig Jahre allen „Anschluß“-Versuchungen widerstehen. Ja, ja, wer vom Völkerverbund oder, was dasselbe ist, von Frankreich ist, muß sterben!
W. H.

Neue Nachrichten

Niederbayerische Bauernbündler treten zur NSDAP. über

München, 22. Juli. Wie die NS.-Partei-Korrespondenz meldet, sind die Bezirks- und Ortsorganisationen des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbunds geschlossen zur bayerischen Kreisleitung der NSDAP. übergetreten. Gleichzeitig hat die bauernbündlerische Tageszeitung „Boten vom Bayerischen Wald“ mit ihren vier Kopfbältern ihr Verhältnis zum Bauernbund gelöst und erscheint als nationalsozialistische Tageszeitung.

Nach einer Mitteilung aus Kreisen des Bauernbundes soll nur die Bezirksgruppe Regen im Bayerischen Wald zur NSDAP. übergetreten sein.

Aushebung einer geheimen Kommunistenzentrale in Budapest

Budapest, 22. Juli. Die politische Abteilung der Oberstadthauptmannschaft hat nach längeren Beobachtungen ein Geheimbüro der kommunistischen Partei ausgehoben. Sieben Leiter der geheimen Organisation wurden festgenommen. In ihrem Schlupfwinkel fand die Polizei große Mengen belastenden Materials.

Der Streit zwischen Paraguay und Bolivien

Washington, 22. Juli. Die Vertreter der fünf neutralen Mächte, die an der südamerikanischen Konferenz in Washington teilnehmen, haben Paraguay und Bolivien gebeten, die Feindseligkeiten einzustellen und einen Nichtangriffsvertrag zu unterzeichnen.

Rückkehr Moore aus der Verbannung

Buenos Aires, 22. Juli. Der frühere Präsident von Argentinien, Dr. de Alvear, ist heute nach einjähriger Verbannung hierher zurückgekehrt. Seine Anhänger bereiteten ihm einen begeisterten Empfang.

Württemberg

Riesige Diebstähle in einem Stuttgarter Warenhaus

Stuttgart, 22. Juli. Nach über einem Jahr der Voruntersuchung kommen jetzt in einer für zwei Tage berechneten Sitzung vor dem erweiterten Schöffengericht die umfangreichen Diebstähle zur Verhandlung, die von einigen Verkäuferinnen eines großen Stuttgarter Kaufhauses in einem Zeitraum von mehreren Jahren verübt wurden. In den Fall sind 11 Angeklagte verwickelt, die von 6 Rechtsanwälten verteidigt werden. Die Hauptangeklagte ist eine Verkäuferin, die viele Jahre bei der Firma angestellt war, dort in bestem Ruf stand und im Lauf der Jahre zur Abteilungsvorsitzenden vorgerückt war. Da man ihr blindlings vertraute, kam man den Diebereien, deren Treiben von anderen Verkäuferinnen schon längere Zeit bemerkt worden war, so lange nicht auf die Spur. Ihre Abnehmerin war in erster Linie eine Frau aus dem Oberamt Gaildorf, die stets mit einem Koffer erschien und unter Umgehung der Kasse das Diebesgut mitnahm. Als Gegenleistung erhielt die Verkäuferin Lebensmittel im ungefähren Gegenwert. Schließlich wurden auch andere Verkäuferinnen in das Komplott hineingezogen, wodurch ein schwunghafter Laufhandel aufkam, an dem auch Verwandte der Verkäuferinnen beteiligt wurden. Da sich alle angeklagten Verkäuferinnen des größten Vertrauens erfreuten, hatten sie es nicht notwendig, besonders raffiniert vorzugehen. Sie bedienten sich bekannter Kniffe. Das Diebesgut gelangte in die Hände der mitangeklagten Verkäuferinnen, indem man ihnen die Ware entweder als „Auswahl-Sendungen“, die ordnungsmäßig verpackt wurden, zusandte oder ihnen einen Abänderungszettel aushändigte, gegen den sie am Packisch die Ware gegen Bezahlung der Gebühren für die „Abänderung“ in Empfang nahmen. Der Gesamtumfang der Diebstähle, die 1926 begannen und im letzten Jahr vor ihrer Entdeckung besonders stark getrieben wurden, beläuft sich auf über 10 000 Mk. Bis jetzt belastet sich die Angeklagten gegenseitig und keine will die Hauptschuldige sein. Bei der Staatsanwaltschaft ist inzwischen auch eine anonyme Anzeige eingegangen, in der weitere 22 Verkäuferinnen des Diebstahls bezichtigt werden. Als Urheberin dieses Schreibens wird die Hauptangeklagte vermutet. Das Auffallende an dem ganzen Fall ist, daß sämtliche Verkäuferinnen, die jetzt unter Anklage stehen, gut bezahlt waren. Sie bezogen Gehälter von 165 bis über 300 Mk. im Monat.

Stuttgart, 22. Juli.

Zur Reichstagswahl. Der Stimmzettel für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 entspricht der üblichen Aufmachung. Im 31. Wahlkreis Württemberg und Hohenzollern umfaßt er 35 zugelassene Parteien und Gruppen, die wir bereits bekanntgegeben haben.

Der Wähler erhält den amtlichen Stimmzettel und den amtlichen Wahlumschlag am Wahltag beim Betreten des Abstimmungsraums, begibt sich damit in den Nebenraum (Wahlerverschlag, Nebenisch), setzt dort mit Bleistift oder Tinte ein Kreuz in den rechts neben dem Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, stehenden Kreis. Dann legt er den auf diese Weise gekennzeichneten Stimmzettel in den amtlichen Wahlumschlag, tritt an den Abstimmungsisch und übergibt den Wahlumschlag mit dem Stimmzettel darin unter Nennung seines Namens dem Abstimmungs-vorsteher, der ihn uneröffnet in die Wahlurne legt.

Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei. In einer Versammlung der Vertrauensleute des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart fand das Vorgehen der Papen-Regierung gegen Preußen schärfste Beurteilung. Die Parteivertrauensleute billigten die Stellung der Parteifunktionen und lehnten sinnlose Sonderaktionen ab, doch müsse die Partei im gegebenen Fall auch die äußersten Mittel anwenden, um das Recht des Volkes auf den Staat zu verteidigen.

Bibliothek des Württ. Landesgewerbeamts. Wegen der Hauptreinigung ist die Bibliothek mit Patentschriftenaus-legestelle vom 16. August bis 3. September d. J. je einschließlich für die allgemeine Benutzung nur von vormittags 10—12 Uhr geöffnet.

Politischer Zusammenstoß. In der Gallenlinge wurden gestern Abend einige Nationalsozialisten, die in Boten Flugblätter verteilen wollten, von Kommunisten und Mitgliedern der Eisernen Front angegriffen, und es entspann sich eine Schlägerei. Das rasch herbeigerufene Ueberfallkommando nahm sechs Kommunisten fest und konnte die Namen von weiteren Beteiligten feststellen.

Zeitungsverbot. Die Süddeutsche Arbeiter-Zeitung ist wegen des Berichts über eine Rede des Kommunistenführers Thälmann bis zum nächsten Mittwoch verboten worden.

Aus dem Lande

Waiblingen, 22. Juli. Vermißt. Das 35jährige Dienstmädchen Emma Haller, gebürtig aus Höfen N. Waiblingen, wird vermißt.

Schwabheim, N. Waibl., 22. Juli. Die Steinwerfer ermittelt. Die Täter, die in der Sonntagsnacht auf der Straße Winnenden—Waiblingen einen vorbeifahrenden Stuttgarter Personkraftwagen mit Steinen beworfen und beschädigt haben, konnten durch Waiblinger Landjäger ermittelt werden. Die jungen Leute wohnen in einem Bezirksort; sie waren ziemlich stark betrunken.

Welzheim, 22. Juli. Vom Zug überfahren. Gestern nachmittag wurde beim Bahnübergang am Orts-eingang in der Schornborferstraße der verheiratete Kaufmann Karl Schwieger von hier vom Zug überfahren. Er wollte auf seinem Motorrad gefächelt nach Beutelsbach i. R. fahren. Er überhörte, weil er etwas schwerhörig ist, das Signal des herannahenden Zugs und geriet unter die Lokomotive. Die erlittenen schweren Verletzungen



gen führten den sofortigen Tod des allgemein geachteten und streng soliden Geschäftsmannes herbei. Schwieger hatte sich mit Liebe und Hingebung der christlichen Jugendbewegung angenommen.

Jagfeld, 22. Juli. In die Jagst gefahren. Ein Heilbronner Motorradfahrer mit Beiwagen kam an einer Kurve unterhalb der Jagstbrücke aus der Fahrbahn, fuhr die Böschung hinunter und landete in den Fluten der Jagst. Zwei Personen sind leicht verletzt, ein zehnjähriges Kind dagegen, das im Beiwagen Platz genommen hatte, war vorher auf die Straße geflogen und erlitt einen Schädelbruch.

Ereglingen O. Mergentheim, 22. Juli. Marder im Taubenschlag. Dieser Tage staltete eine Marderfamilie von 7 Stück dem Taubenschlag des Rüstmeisters Wilh. Oppel hier einen Besuch ab; der Schlag befindet sich etwa 200 Meter vom Städtchen entfernt in einer Feldheuer. Als der Besitzer nach seinen Tauben sah, lagen 7 Stück der Reihe nach mit dem bekannten Nackenbiss, blutleer im Schlag. Neben der Scheuer in einer Wiese wälzte sich die blutgefüllte Marderfamilie im taufischen Gras und ließ sich von der aufgehenden Sonne den Pelz wärmen, bis sie der Besitzer der Scheune in dieser Beschäftigung störte.

Tübingen, 22. Juli. Konditoren-Landesverbandstagung. Am 22., 23. und 24. September findet in Tübingen die 30. württ. Landesverbandstagung selbständiger Konditoren statt.

Neuenbürg, 22. Juli. Der Leichenfund in Neuenbürg. Zu dem Fund zweier völlig verwesten Leichen bei Mannes zwischen 35 und 45 Jahren und um die Leiche einer Mannes zwischen 35 und 40 Jahren und um die Leiche einer jungen Frau von höchstens 25 Jahren handelt. Die Leichen dürften etwa zwei Jahre an der Fundstelle gelegen haben. Es handelt sich um die Opfer eines Doppelselbstmords.

Oberndorf a. N., 22. Juli. Tödlicher Unfall. Der 56jährige Kronenwirt August Heinzelmann von Weiden O. S. Sulz, der am Mittwoch den Julimarkt in Oberndorf besucht hatte, fuhr mit dem Fuhrwerk des Wilmanns Maier aus Weiden, der noch länger auf dem Viehmarkt zu tun hatte, verabschiedet nach heim. In der Bahnhofstraße schaute plötzlich das Pferd vor einem einfahrenden Eisenbahnzug. Heinzelmann wurde vom Wagen geschleudert und erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß er am andern Tag im städtischen Krankenhaus, wohin er verbracht worden war, starb.

Göppingen, 22. Juli. 12 Randsiedlungen. Der Gemeinderat hat unter Verwendung der als Reichsdarlehen zur Verfügung gestellten 30.000 Mark die Erstellung von 12 Siedlungen beschlossen, und zwar auf den zwischen der Holzheimer Straße und dem Bahndamm nach Boll liegenden städtischen Grundstücken. Der Restgehalt einer Siedlung einschließlich der dazu gehörigen Gartenanlage wurde mit je 10 Ar festgelegt. Bis jetzt liegen 40 Bewerbungsschreiben vor.

Der Streit zwischen Mehrgenossenschaft und Konsum- und Sparverein beigelegt. Wie erinnerlich, hat der hiesige Konsum- und Sparverein letzten Herbst eine Mehrgerei-Verkaufsstelle errichtet, die von Stuttgart-Wangen beliefert wird. Die Mehrheit des Gemeinderats befreite den Konsumverein von der erneuten Nachschau im Göppinger Schlachthof, weil die eingeführten Fleischwaren schon in Wangen geschaut würden. Dagegen erhob die Mehrgerei-Verkaufsstelle Widerspruch und es entstand ein heftiger Streit. Nach langen Verhandlungen hat nun der Gemeinderat mit knapper Mehrheit denjenigen Nichtmitgliedern der Mehrgerei-Verkaufsstelle, die von der Nachschau ihrer eingeführten Ware im Schlachthaus befreit sind, die gleiche Befreiung von einem Pfennig je Pfund auferlegt, wogegen Private, Wirte usw. zwei Pfennige zu entrichten haben. Weitere Genehmigungen des Gemeinderats zur Umgehung des Schlachthofzwangs sollen künftig nur mit Zustimmung der Mehrgerei-Verkaufsstelle erteilt werden.

Göppingen, 22. Juli. Straßenschlacht. Nach einer nationalsozialistischen Versammlung in Bartenbach kam es gestern auf der Landstraße nach Göppingen zu einer förmlichen Straßenschlacht mit Kommunisten, wobei es verschiedene Verwundete gab. Die herbeigeeilte Göppinger Polizei nahm eine Anzahl Kommunisten fest.

Biberach, 22. Juli. Wertvolle Schenkung. Landgerichtsrat a. D. F. Dechsler hat der Stadt seine reiche Besteins- und Mineralienammlung geschenkt und sie in mustergültiger Weise im hiesigen Museum aufgestellt.

Ravensburg, 22. Juli. Schäffer gegen die Reichsregierung. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, sprach gestern abend in einer Zentrumsversammlung. Er richtete äußerst scharfe Angriffe gegen die jetzige Reichsregierung. Die deutsche Geschichte, so führte er u. a. aus, hätte keinen Sinn, wenn an Stelle der Krone, die wir zertümmert haben, die „Kakanie“ bleiben könnten. Der Reichspräsident sei von seiner Umgebung über die politische Lage nicht richtig berichtet worden. Ein Volk, dessen Reichsregierung die Regierung eines Landes „verhasst“ und ablegen lasse, könne nicht erwarten, daß man im Ausland ihm mit Achtung begegne. Die Regierung Papen sei nicht verfassungsmäßig zustande gekommen. Der Aufbau des Reichs und der Länder sei bedroht, denn man könne nicht wissen, ob der Staatsgerichtshof nach politischen oder nach rechtlichen Gesichtspunkten entscheide.

Tettlingen, 22. Juli. Ortsjüng der Tauben. Die Fingigkeit der Brieftauben beweist der nachstehende Fall: Der Brieftaubenzüchter Traber „zum Storchen“ hier hatte am 10. Juni drei junge Brieftauben in Markdorf zum ersten Fluge aufsteigen lassen. Während zwei der Tauben alsbald im heimlichen Schläge eintrafen, blieb die dritte Taube aus. Erst jetzt, nach fünf Wochen, traf das Tier wieder in Tettlingen ein, und zwar mit gestuhten Flügeln. Diese Taube ist also während des Fluges von unbekannter Hand eingekapert, eingesperrt und an den Flügeln gestuht worden; sie hat aber trotzdem den Weg in den Tettlinger Schlag gefunden.

Langenargen O. Tettlingen, 22. Juli. Autoreif als Rettungsring. Am Mittwoch fuhr der zehnjährige Josef Manal, Sohn des Schreinermeisters Manal, mit einem Paddelboot in den See hinaus. Durch eine starke Wendung kippte das Boot um und der Knabe fiel ins Wasser. Des Schwimmens untundig, besaß er doch zum Glück die Geistesgegenwart, sich am Boot festzuhalten, bis auf seine Kufe hin Hilfe kam. Diese brachte der ebenfalls zehnjährige Hans Müller, Sohn des Privatiers Josef Müller. Mit einem Autoreif als Rettungsring ausgerüstet, schwamm er der Unfallstelle zu und brachte den in so gefährlicher Lage Befindlichen in Sicherheit.

Friedrichshafen, 22. Juli. Schließung der Canisius-Kirche. Ab heute muß die Canisius-Kirche auf einige Wochen geschlossen werden, damit der unter dem Gestühl aufgetretene Holzschwamm bekämpft werden kann.

Friedrichshafen, 22. Juli. Jugendherberge. Mit dem Bau der Jugendherberge an der Straße nach Lindau ist begonnen worden. Den Bauplatz mit 25 Ar hat die Stadt zur Verfügung gestellt, ferner leistete sie einen Beitrag von 10.000 Mark und sie stellt auch die Bauleitung. Die Kosten der Herberge betragen sich auf 85.000 Mark und mit der Einrichtung auf 100.000 Mark. Der Bau wird 34 Meter lang und 11 Meter breit werden; er soll im Rohbau im Oktober fertig sein, im Mai nächsten Jahres bezogen werden können und insgesamt 220 Lagerstätten enthalten.

Vom Bayerischen Allgäu, 22. Juli. Vom Granten abgestürzt. Die seit 14 Tagen vermiste Landwirtschaftliche Tochter Josefa Böhler von Niesen Ode. Rettenberg wurde im sog. Herzleiteim am Granten tot aufgefunden. Man nimmt an, daß das Mädchen infolge des nassen Grafes im steilen Wiesengelände des Herzleiteims abgestürzt ist.

Pforzheim, 22. Juli. Nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung kam es zwischen SA-Leuten auf der einen, Kommunisten, Reichsbannerleuten und anderen Gegnern auf der anderen Seite zu Schlägereien, gegen die die Polizei mit dem Gummiknüppel einschreiten mußte.

Schwere Ueberschwemmungen am Untersee

In der Mittwochnacht ging ein furchtbares Unwetter am Untersee nieder, wie man es seit 1876 nicht mehr erlebt. Das Gewitter war von einem langanhaltenden, wolkenbruchartigen Regen begleitet. Kurz nach 10 Uhr wurde im sog. Herzleiteim Alarm geschossen und geblasen. Der sonst harmlose Dorsbach war stellenweise zu einem 20 Meter breiten Strom angewachsen. Die Bahnunterführung bei der Post war vollständig mit Wasser angefüllt, auch der Bahndamm war unter Wasser gesetzt. Ein Geflügelhaus wurde mitgerissen, ebenso die in der Nähe des Bachbettes liegenden Kulturen. Holz, Bäume und Büsche wurden massenhaft mitgeschwemmt. Der letzte Schaffhauserzug, der etwa 10.30 Uhr in Ermatingen eintreffen sollte, konnte ab Vermatingen nicht mehr weitergeführt werden, da in Ermatingen der Bahndamm gefährdet war und in Mannenbach ähnliche Ueberschwemmungen wütheten. Von Kreuzlingen wurde nach Ermatingen ein Sonderzug geschickt, der die vom Postauto von Mannenbach beförderten Reisenden mit anderthalbstündiger Verspätung nach Konstanz weiterbrachte. Gegen Mitternacht ging das Wasser zurück. Der Schaden ist groß.

Lokales.

Wildbad, den 23. Juli 1932.

In der vor kurzem eröffneten Repterwarie auf dem Sommerberg wird morgen, Sonntag der tausendste Besucher erwartet. Er erhält eine Freikarte und ein kleines Geschenk.

Landestheater. Um allen Theaterfreunden Gelegenheit zu geben, unsere mit großem Beifall ausgenommene Operetten-Revue „Am weißen Köh'l“ zu sehen, gelangt die Operette morgen Sonntag zweimal zur Ausführung und zwar Nachmittags zu halben Preisen 50 Pf. bis 2 Mark. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 6.30 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr. Durch diese kleinen Preise ist es jedermann ermöglicht, die Nachmittagsvorstellung zu besuchen, nur bestellen Sie sich rechtzeitig Karten, der Vorverkauf hat schon begonnen. Die Abendvorstellung endet so rechtzeitig, daß die auswärtigen Besucher den letzten Zug 10.37 Uhr zur Heimfahrt erreichen. — Am Montag abend zum 2. Male der große Lachschlager „Der Fußballkönig“, Schwan in 3 Akten von Reimann und Schwarz, unter Mitwirkung des Fußballvereins Wildbad. — Dienstag abend findet keine Vorstellung statt.

Wahlversammlung. Am Sonntag 8.15 Uhr spricht Finanzminister Dr. Dehlinger zum 1. Male in Wildbad in der Turnhalle über das Thema: „Unser Schicksalskampf um die deutsche Freiheit“. Außerdem spricht die hier wohlbekannt Rednerin Frau Klara Klotz über: „Der Kampf um die deutsche Seele“. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen dürften die beiden Referenten großes Interesse entgegengebracht werden, weshalb wir auch an dieser Stelle darauf hinweisen.

Der NSD. Liedertanz Wildbad veranstaltet am Sonntag, den 24. Juli, abends 8.30 Uhr einen Volksliederabend im Hotel Post, bei welchem neben Männerchören auch Violin- und Klavierstücke zum Vortrag kommen. Die verehrlichen Kurgäste und Einwohner dürften dabei einen genussreichen Abend erleben.

Alldeutscher Verband. Am Donnerstag abend hielt Pfarrer i. R. Klett in der „Alten Linde“ einen Vortrag über das Thema: „Die Verderblichkeit des Zentrums für das deutsche Volk und Vaterland“. Mit Spannung lauschten die Erzhörner den Tatsachen, die an Hand unwiderleglicher Beweise vorgebracht wurden; es ist nicht möglich, in diesem Bericht auf das Einzelne einzugehen. Der Vortrag ist gedruckt zu haben. Es sind aber Vorgänge, die man wissen muß, um die politischen Vorgänge der Gegenwart zu verstehen. Der Redner unterschied scharf zwischen dem religiösen Katholizismus, der immer edle Vertreter aufzuweisen hatte und dem politischen Ultramontanismus, bei dem das römische Interesse über alles, auch über das deutsche Interesse geht. Das Zentrum sei von Anfang an auf diesen Ultramontanismus eingestellt gewesen gegen das Bismarckische Reich unter preußischer Führung. Bismarck beklagte sich darüber, daß von der katholischen Abteilung des Kultministeriums alte deutsche Orte systematisch polnisch gemacht würden, weil das Polentum vor dem Preußentum von römischer Seite bevorzugt wurde. Auch das heutige Großpolen sei, was ausdrücklich von Polen hervorgehoben wurde, in erster Linie den Bemühungen des Vatikan zu danken. Sehr betrübend war es zu hören, daß während des Weltkrieges der römische Stuhl entschieden für unsere Gegner gewirkt habe, was besonders durch einen Ausspruch Benedikts XV. bewiesen wurde: „Er bedaure es, Franzose nur von Herzen zu sein und nicht auch von Geburt!“ Ueber die Machinationen Erzbergers sich näher auszusprechen verbiete das Republikshutgesetz; darüber seien die Akten noch nicht geschlossen. Nach dem Krieg hätten führende Zentrumsglieder sich mit dem Separatismus eingelassen. Das Glückwunschtelegramm des Prälaten Raas, des Beraters Brünings, an die Separatistenregierung sei bekannt; er habe sich bis heute nicht von diesem häßlichen Vorwurf gereinigt. Dr. Heim sprach ganz

offen mit den Ententemächten von der Loslösung anderer Länder von Preußen unter dem Protektorat der Entente. Die „Mainlinie“ und Pläne einer Habsburger oder Wittelsbacher Dynastie glimmen jetzt noch unter der Decke. Dem Zentrum sei in dieser Beziehung nicht zu trauen. Schon Bismarck habe eindringlich davor gewarnt, die Führung des Reiches dem Zentrum zu geben, dessen bewußte Leitung immer ultramontan sei. Der Redner schloß mit einer Warnung, bei der Wahl nicht das Zentrum und seine Pläne zu fördern. Man dürfe auch die Parteien nicht unterstützen, die wie Staatspartei und christlicher Volksdienst sich als Stützen der Zentrumspolitik gezeigt haben. Es sei ein Kampf um die deutsche Seele, der im bevorstehenden Wahlkampf ausgefochten werde. Starker Beifall wurde dem Redner zu Teil. Die Leitung der Versammlung stand unter Herrn Dr. Dorn-Charlottenhöhe.

Rotkreuztag!

Schon in den Vorkriegsjahren hatten die größeren außerdeutschen Länder regelmäßig an einem bestimmten Tage im Jahr einen Rotkreuztag begangen, durch den alle Kolonien und die Regierungen auf das Weisen und die Loyalität des Roten Kreuzes und damit auf den hohen Gedanken der opferwilligen Nächstenliebe hingewiesen werden sollten. Erst nach dem Kriege hat auch das Deutsche Rote Kreuz sich diesem Vorgang angeschlossen in der Erkenntnis, daß dieser Tag in allen übrigen Ländern ungemein viel zur Stärkung des Rotkreuzgedankens beigetragen hat. Trotz mancher Schwierigkeiten, die der Durchführung dieses Gedankens entgegenstanden, hat sich der Rotkreuztag auch bei uns allmählich so eingebürgert, daß zu dessen Begründung nicht mehr viel zu sagen ist. Besonders bei uns in Württemberg ist er zu einer regelmäßigen Einrichtung geworden, die von Jahr zu Jahr immer mehr Verständnis bei unserer Bevölkerung findet. Der Rotkreuztag soll um das Verständnis für die großen und hohen Aufgaben des Roten Kreuzes werden und zur Mithilfe aufrufen. Er soll vor allem dem Bilde, als ob das Rote Kreuz nach dem verlorenen Kriege keine Daseinsberechtigung mehr habe, entgegen treten. Gewiß, früher war eine der Hauptaufgaben die Vorbereitung der Verwundetenpflege im Kriegesfall, aber auch daneben bestanden schon damals Friedensaufgaben von großem Ausmaße. Es darf nur erinnert werden, daß neben der Krankenpflege auch das Deutsche Rote Kreuz in unzähligen Fällen bei Katastrophen verschiedener Art in Tätigkeit zu treten und, hinzugezählt den Rettungsdienst, täglich seinen Mitmenschen in unzähligen Fällen zu helfen hatte. Nach dem Kriege haben diese Aufgaben sich ganz gewaltig vermehrt, sodaß das Rote Kreuz heute zu einer Einrichtung geworden ist, die nicht mehr entbehrt werden kann, nachdem sie unbestritten ein Segen für unser Volk geworden ist.

Für die Entwicklung der Rotkreuztätigkeit, aber auch von dem Verständnis für deren Notwendigkeit, zeigt die Tatsache, daß z. B. den 48 Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz mit 1892 Mitgliedern im Jahre 1914 heute 110 Kolonnen mit rund 4100 Sanitätsleuten gegenüberstehen. Ein Aufgebot von 4100 selbstlosen Männern, die im Verein mit mehreren hundert Frauen und Mägen, die als Kolonnenhelferinnen ihnen zur Seite stehen, zu jeder Stunde bereit sind, im Falle der Not ihrem Nächsten Erste Hilfe und damit oft die Rettung zu bringen. Wahrhaftig, ein Zeichen verantwortungsbewusster, edler Menschenliebe!

Was hier von den Sanitätskolonnen gesagt wird, gilt im gleichen Maße von dem Personal der weiblichen Krankenpflege, gilt von unzähligen tätigen Mitarbeitern, die alle unermüdet bestrebt sind, ihrem Nächsten nach Möglichkeit zu dienen und zu helfen. Aber all diese Aufgaben sind nur dann durchführbar, wenn das Rote Kreuz, das jedermann ohne Unterschied des Landes und seiner politischen oder konfessionellen Einstellung zu helfen bereit ist, auch der Unterstützung aller Volksgenossen teilhaftig wird.

Der diesjährige Rotkreuztag und die mit ihm verbundene Sammlung findet im Bezirk Neuenbürg am kommenden Sonntag, den 24. Juli statt.

Mögen die Sammler u. Sammlerinnen überall freudige Geber finden, die in dem Bewußtsein geben, daß gerade in der Zeit tiefster wirtschaftlicher Not eine Unterstützung dieses großen Liebeswerkes doppelt notwendig ist!

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Sendung, 24. Juli:

6.15: Bremer Hafenkonzert. 8.15: Gymnastik. 8.40—9.15: Chorgesang. 10.00: Grob-Klavier-Sonaten. 10.40: Evangelische Morgenfeier. 11.30: Ketzers (letzte Oper von G. F. Handel). 12.30: Kleines Repertoire der Zeit. 13.15: Schallplatten. 14.00: Vorbereitung der Großküche (Wasser, Gas, Elektr.). 15.00: Grundrunds. 16.00: Respect. 18.00: Einen Frühling, Frühchen der elbischen Dichtung: Ernst Krenhart. 18.35: Sportbericht. 19.00: Balladen. 19.30: „Die Flucht“ (aus einem Roman). 20.00: Württemberg. 21.00: Fundzeit. 22.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, Sportbericht. 22.50—24.00: Nachtmusik.

An Sodbrennen und Magenbeschwerden leiden viele Menschen. Die häufigste Ursache ist der Genuß von Wein, Kaffee, Süßigkeiten, neugebackenem Brot usw. Als das beste Mittel gegen zwei Magenbeschwerden ist die Tablette 11 zu empfehlen. Sie ist angenehm zu nehmen, wirkt stark säureabstumpfend und heilend. Sauber und zweckmäßig in Flaschen verpackt, kann die Tablette 11 auch ohne Wasser oder andere Flüssigkeit genommen werden. Sie ist also das ideale Mittel sowohl für den täglichen Gebrauch, als auch für Reise und Sport. Preis für 100 Tabletten RM. 1.50. Zu haben in allen Apotheken. Hersteller: Klosterautoratorium Maulbronn.

Evangelischer Gottesdienst.

2. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest, den 24. Juli 1932.

9 1/2 Uhr Predigt (Text: Röm. 10, 8—17; Lied 96) Stadtpfarrer Dauber.

10 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

1 Uhr Christenlehre (Töchter) Stadtpfarrer Dauber.

8 Uhr abends Bibelstunde Stadtpfarrer Baum.

In Sprollenhaus.

10 Uhr Predigt, ansl. Christenlehre Stadtpfarrer Baum. Das Opfer ist für den Kirchenbau in Sprollenhaus bestimmt. „Baufsteine“ zu 1 Mark sind beim Ausgange und bei Kirchenpfleger Hieber zu haben. Die Bibelstunde im Katharinenstift fällt in dieser Woche aus.

Katholischer Gottesdienst.

10. Sonntag nach Pfingsten.

7 Uhr Frühmesse, 8 Uhr hl. Messe, 9 Uhr Predigt und Amt, hernach Christenlehre, abends 6 Uhr Andacht.

Werktags: Täglich 7 Uhr hl. Messe.

Beichte: Samstag nachmittags von 4 Uhr an, Sonntag und Werktags vor der hl. Messe.

Kommunion: Sonntag und Werktag bei den hl. Messen.

Rotkreuztag!

Im hiesigen Bezirk findet der Rotkreuztag am
Sonntag den 24. Juli 1932

statt.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben im Dienst der Nächstenliebe und zur Steuerung der großen Not bedarf das Rote Kreuz dringend der Unterstützung aller derer, die noch in der Lage sind, etwas zu opfern.

Ich bitte daher, die Sammler und Sammlerinnen nicht leer ziehen zu lassen. Jede Gabe ist willkommen.

Der Bezirksvertreter vom Roten Kreuz:
Landrat Lempp.

Auto-Fahrgelegenheit

zur Hochzeitsfeier Gauß in Oberweiler
am Dienstag den 26. Juli 1932.

Abfahrt 7.30 Uhr. — Fahrpreis 1.50 Mark.
Anmeldungen bei Friedr. Schrafft, Tankstelle. — Tel. 324.

Deutschnationale Volkspartei (Württembergische Bürgerpartei) Ortsgruppe Wildbad.

Sonntag den 24. Juli 1932, abends 8.15 Uhr, in der Turn- und Festhalle

Öffentliche Wahlversammlung

Redner: Finanzminister Dr. Dehlinger, Stuttgart:
„Unser Schicksalskampf um die deutsche Freiheit“

Rednerin: Frau Klara Klotz, Buch:
„Der Kampf um die deutsche Seele“

Männer und Frauen aller Parteien, auch unsere Kurgäste, sind herzlich eingeladen.

freie Aussprache.

Der Vorstand.

Nation. Frauendienst Montag

nachmittag 3 Uhr
„Kühler Brunnen“

Suche ab 26. Juli 1 Zimmer

nahe dem Kurpark.

Offerten unter C. B. 170 an
die Tagblatt-Geschäftsstelle.

2 Zimmer

wovon eines mit Balkon, in
ruhig. Hause für 2-3 Wochen
gesucht.

Off-Angebote mit Preis unter
K. 171 an die Tagblatt-
Geschäftsstelle erbeten.

Suche

2 Zimmer

mit 4 bis 5 Betten
und Küchenbenützung
für Monat August.

Angebote mit Preisangabe an
J. Käß, Pforzheim
Bestliche 44 I.

Suchen Sie Geld?

wie 1., 2. Hyp., Betriebsk. usw.
kostenl. Anst. durch Hans Risch,
Schönbühl, Schwarzwaldstr. 171.
Anst. Risch.

Wochenplan vom 24. bis 30. Juli 1932.

Tag	Musik-Aufführungen			Kursaal 8.30 Uhr abends	Tanz im Kursaal	Kurtheater 8 Uhr abends
	Trinkhalle	Anlagen	Kurplatz			
Sonntag 24.	Theater- Anlagen 11-12	—	—	Kleiner Musikabend	4-6 Tanztee	3.45 und 7.30 Uhr Im weissen Röss'l Operetten-Revue
Montag 25.	Rundfunk-Übertragung im Kursaal			Experimental-Vortrag Fredo Marvelli	4-6 Tanztee	Der Fußballkönig Schwank
Dienstag 26.	11-12	4-6	—	Musikalischer Abend bei günstiger Witterung mit Beleuchtung des Kurhauses	4-6 Tanztee	—
Mittwoch 27.	11-12	—	4-6	9-12 Tanz-Abend	—	Morgen gelbt uns gut Operette
Donnerst. 28.	11-12	4-6	—	Orchester-Konzert Wiener Abend	4-6 Tanztee	Nina Lustspiel
Freitag 29.	11-12	—	4-5	Wagner-Abend Solistin: Kammer Sängerin Iracema Brügemann	4-6 Tanztee	Der Garten Eden Komödie
Samstag 30.	11-12	4-4.45	5.15-6	9-1 Tanzturnier um die Sommer- meisterschaft von Süddeutschland	4-6 Tanztee	Der Vetter aus Dingsda Operette

Städt. Frauenarbeitschule Wildbad. Anmeldungen

für die am 12. September 1932 be-
ginnenden Kurse werden möglichst
bald erbeten. Die Schulleitung.

- Tageskurse:**
 - a) Hand und Wäschenähen
 - b) Kleidernähen
 - c) Sticken.

Kursdauer: 12. Sept.—22. Dez. 1932.
- Nachmittagskurse:**
 - a) Wäschenähen
 - b) Kleidernähen.

Wöchentlich 1 Nachmittag (4 Std.).
- Abendkurse:**
 - a) Wäschenähen
 - b) Kleidernähen.

Wöchentlich 2 Abende je 2 Stunden.

Auskunft wird jederzeit bereitwillig erteilt.



Turnverein Wildbad E. B.

Am Samstag, den 23. Juli 1932, abends 8 Uhr, findet
zu Ehren unserer auf dem Gauturnfest in Calmbach mit
dem Eichenlaubkranz ausgezeichneten Preisturner- und
Turnerinnen im Vereinslokal im Saale zur „Alten Linde“ eine

Angeordnete Mitglieder-Versammlung statt.

Hierzu werden die Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder
samt Angehörigen zu recht zahlreicher Beteiligung aufgefor-
dert. Es gilt, unsere wackeren Turner und Turnerinnen
gebührend zu ehren. Der Vorstand.

1/2 Stunde vor Beginn: Besprechung des Turnrats.

SCHIEDMAYER

Stuttgart

Pianoforte-Fabrik / Eingang unter der Uhr
zu den Verkaufsräumen mit den 5 Schaufenstern nur in

Neckarstr. 12 Eckhaus

Tel. 268 41-42

Tausch, Stimmungen

Miete Geb. Instrumente Teilzahlungen

Flügel Pianinos Harmonium

Welüber, Tonschönheit und Dauerhaftigkeit

Notverkauf!

Ia. Anzug Stoffe

blau und grau Wollkammgarn
à Meter R.M. 6.80 und 8.80

Unverbindliche Mustersendung wird gerne zugesandt!

Geraer Textilfabrikation G. m. b. H. Gera
Postfach 13

CONTINENTAL SCHREIB- MASCHINE



CONTINENTAL KLEIN- SCHREIBMASCHINE



CONTINENTAL PULT- RECHEN- MASCHINE



Eine so gut
wie die andere!

Erzeugnisse der
Wanderer-Werke A.G.
Schönau bei Chemnitz
Nähere Informationen und
Vorführungen bereitwilligst.

Durch General-Vertretung:

Theodor Krafft TELEFON 22528
STUTT GART-KANZLEISTR. 11

Landes-Kurtheater

Sonntag den 24. Juli 1932

2 Aufführungen

des großen Welterfolgs

Im weißen Röß'l

Nachmittags 3.45 Uhr und abends 7.30 Uhr
Nachmittagsvorstellung zu halben Preisen (0.50 bis 2.00)

Reichsbund

der
Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen
Ortsgruppe Wildbad

Am Sonntag den 24. Juli 1932, nachmittags 1/3 Uhr,
findet im Gasthaus zum Adler in Conweiler eine

Protest-Versammlung

des Bezirks statt.

Referent: Kam. Honna, Stuttgart. Abfahrt per Bahn 1.20 Uhr.
Der Vorstand.

Suche

sof. f. größ. Bezirke gewandt.
gut. Kräfte m. flott. Auftr. als
Anzeigen-Werber
z. Besuch v. Ausfl.- u. Kurorte,
Hotels, Gasth. u. dergl. auf zug-
kräft. Sache geg. höh. Provis.
u. sof. Verdienst. Verlangt w.
intensiv. verläßl. Arbeit, Fleiß
und Pünktlichkeit.

Scheuring

Stuttgart, Eugenstraße 10.

Sodbrennen

Magenbeschwerden?

Nehmen Sie das ärztlich
empfohlene neue Präparat
Tablette



Die Wirkung dieses Heil-
mittels ist überraschend
und nachhaltig. Die Ver-
dauung wird gefördert.
Der Appetit u. das allgem.
Wohlbefinden hebt sich.
Fl. m. 100 Tabl. nur RM 1.50

Klosterlaborat. Maulbronn/W.

Zuhaben i. d. Apotheken:

Stadt-Apotheke.

Adolf Stern

Herrenbekleidung

jetzt

König-Karlstr. 73

(Haus Gütthler)

1 Treppe

empfehlen

Washjoppen

Lüster-Sakkos

Wash-Sakkos, hell

Knickerbocker-Hosen

von Wt. G. — an

Flanell-Hosen

Kochwäsche

Berufskleidung

jeder Art

Neueste Muster

Sehr mäßige Preise

Chem. Reinigen und Färben

Ihrer Herrenanzüge und Damenkleider usw.
gut, schnell und billig in der Färberei Wüst

Annahme: Korsettgeschäft Wandpflug

Im Schuhsohlen und Flecken

empfiehlt sich bei billigster Berechnung

Adolf Bott, Schuhmacher

Sohn des Gottlob Bott, Baddiener, Straubenbergstr. 13

